

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 147. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 205. Zweite Ausgabe

Mittwoch, 27. März 1912. Geschäftsstelle in Halle a. S.: Schulze Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 155 u. 158; Telefaxnummer 1272. Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

### Deutsches Reich.

**Der Kaiser und der österreichische Thronfolger.** Die „Sobojollen“ mit dem Kaiser an Bord und die Begleitschiffe trafen gestern mittag gegen 12 Uhr vor Trient ein. Das dort liegende österreichische Geschwader feuerte Salut. Nachdem die „Sobojollen“ an einer Boje festgemacht hatten, kam Erzherzog Franz Ferdinand an Bord. Prinz und Prinzessin August Wilhelm und Prinzessin Viktoria Luise folgten. Um 1 Uhr land beim Erzherzog Franz Ferdinand Frühstückstisch statt. Für den Nachmittag war eine Automobilsfahrt durch die Insel Brioni und die Besichtigung der Sehenswürdigkeiten vorgesehen. Das Wetter war schön.

Später läuft noch folgende ergänzende Meldung aus Trient ein: Zur Begrüßung Seiner Majestät des deutschen Kaisers hatten die gesamten zurzeit in Dienst befindlichen Schiffe der österreichisch-ungarischen Marine auf der Seebe von Jajana und Brioni Aufstellung genommen. Die Schiffe boten mit ihrer großen Flaggenala und der deutschen Nationalflagge am Großtopf einen glänzenden Anblick dar. Die Begrüßung zwischen Kaiser Wilhelm und Erzherzog Franz Ferdinand, der deutsche Admiraluniform trug, war außerordentlich herzlich. An der Mole wurden der Kaiser, Prinz und Prinzessin August Wilhelm und Prinzessin Viktoria Luise von der Herzogin Sophie von Sobojenberg begrüßt. Die auf der Mole versammelten Bürger von Brioni bereiteten den hohen Herrschaften herrliche Musik und Gesänge. Nach dem bereits gemachten Feiern wurde in Automobilen eine Rundfahrt auf der Insel unternommen. Hierbei besichtigte Kaiser Wilhelm auf Vorschlag des Erzherzogs die an der Spitze Venoda liegenden Befestigungen und die Franz-Josef-Gruppe. Sodann wurde beim Leuchtturm von Venoda Halt gemacht und von dort aus der Rundblick auf das Brionische Gelände, den Kriegsschiffen von Pola und seine Fortifikationen genossen und schließlich längs dem Ufer der Insel entlang die Küststadt angetreten. Nach herzlichem Abschied vom Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Familie schiffte sich Kaiser Wilhelm mit seiner Begleitung um 1/2 Uhr nachmittags wieder auf die „Sobojollen“ ein, und unmittelbar darauf setzte sich die Kaiserjacht, begleitet vom abermaligen Geschwader der vereinten Eskadren und den Surzarufen der Schiffsbemannungen, gegen Süden, ihrem Bestimmungsort zu, in Bewegung.

**Dem Reichspräsidenten in Wien Gratulanten.** Die Reichspräsidenten in Wien Gratulanten unter dem Ausdruck der besten Zufriedenheit mit seiner Amtsführung und unter Versicherung des Strens zum künftigen Kronenorden zweiter Klasse etc. etc. etc.

**Träger 7.** Geheimer Rittmeister Albert Träger, Mitglied des Reichstages und des Hauses der Abgeordneten, ist gestern nachmittags 3 Uhr an Herzschwäche im Sanatorium Grunewald gestorben.

**Landtagswahlwahl in Berlin 2.** (Amthieses Wahlergebnis.) Bei der gestrigen Erstwahl zum preussischen Abgeordnetenhaus im Wahlkreis Berlin 2 wurden 477 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Kandidat Dr. Carl Mollenhuth-Berlin (fortschritt. Zp.) 373, Arbeitersekretär Hermann Müller-Tempelhof (Soz.) 104 Stimmen. Gewählt ist Kandidat Dr. Müller-Tempelhof.

**Verbot des Ausdrucks von Streikplakaten.** Wie mitgeteilt wird, hat der erste Strafsenat des kgl. Kammergerichtes vor kurzer Zeit eine bemerkenswerte Entscheidung über das Aushängen von Streikplakaten getroffen. Ein Wädemeister hatte aus Anlaß eines Streiks der Wädemeister auf einem Plakat in seinem Laden seiner Kundschafft mitgeteilt, daß er die Forderungen des Verbandes der Wädemeister und Handwerker bewilligt habe. Das Plakat trug den Stempel des Verbandes. Das Kammergericht erklärte das derartige Plakat nicht ausgehängt werden dürfen, da sie feinerlei Mitteilungen an die Kundschafft enthalten, trotzdem der Inhalt an die Kundschafft gerichtet sei. Es handelt sich hier lediglich um eine Angabe über das Verhältnis zwischen dem Arbeitgeber und seinen Stellen. Derartige Streikplakate sind darum nach § 9 in Verbindung mit § 41 des Preßgesetzes verboten.

**Innerbücherei Begründung.** Schon viele Monate vor den Reichstagswahlen verbanden die Sozialdemokraten eine überaus gewöhnliche Flugdrift „Elementum und Sozialdemokratie“ an zahlreiche Beamtenadressen. Durch diese Lieberung füllten sich verschiedene Polizeibeamte in Kanton u. a. beleidigt und stellten gegen den Abnehmer Strafantrag. Die Strafammer in Weußen sprach den Angeklagten frei. Bis hierher handelt es sich um eine rein juristische Frage, die zur öffentlichen Erörterung keinen Anlaß gibt. Wohl ist dies aber der Fall bei der (in den „Oberbühnenblätter“ mitgeteilten) Begründung des Strafanmerkung. In dieser Begründung wurde u. a. gesagt:

„Zunächst ist das Verbrechen der Druckschrift an die Beamten einen Angeklagten für diese. Aber dem Angeklagten siehe der Gehalt des § 193 zur Seite. Er sei ein gegen Gehalt angestellter Agitator der Partei. Zu seiner Tätigkeit habe auch die Versicherung der Prospektur gehört, er habe aber befristeten können, seine Stellung zu verlieren, wenn er seine Agitationen nicht tatkräftig betreibt. Unter den Beamten aber für die Sozialdemokratie zu agitieren, sei durchaus nicht verboten. Das Gericht sieht auch durch das nicht auf dem Standpunkt, daß ein Beamter niemals einen Sozialdemokraten wählen dürfe; dieses sei sehr wohl denkbar, denn es könnten Fälle eintreten, wo der Sozialdemokrat das „kleinere Uebel“ sei. Aus all diesem zerschneidet sich die Freisprechung.“

Hierzu bemerkt die „Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“: „Diese Auslegung des Gerichts ist geradezu ungenügend, und es ist zu erwarten, daß die höhere Instanz die Strafammer in Weußen rektifizieren wird. Ein Beamter eines monarchischen Staatsweidens darf niemals einen Sozialdemokraten wählen, sonst liegt eine Verletzung des Treueides vor. Ist aber der Beamter geleistet Treueides eines Beamten durch verletzt, daß der Beamte einen Kandidaten der antimonarchischen Sozialdemokratie wählt, dann kann der Beamte von rechts wegen diszipliniert werden. § 193 des Strafgesetzbuches kann unmöglich in der von der Strafammer in Weußen beliebigen Weise ausgelegt werden. Das Gericht in Weußen hatte außerdem gar keine zwingende Veranlassung, sich zu der Frage zu äußern, ob ein Beamter einen Sozialdemokraten wählen dürfe und ob Fälle eintreten könnten, wo der Sozialdemokrat das kleinere Uebel sei. Für den Beamten können derartige parteipolitische Gesichtspunkte überhaupt nicht in Betracht. Für ihn ist die oberste Richtschnur, daß jede irgendeine geartete Förderung der republikanischen Sozialdemokratie eine Verletzung des dem Monarchen geleisteten Treueides bedeutet.“

### Preussischer Landtag.

#### Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 26. März 1912.

Am Ministerische Kultusminister v. Trost zu Solz. Präsident Herr v. Cessa eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. und teilte mit, daß er von dem Vorsitzenden der Kommissionen gebeten worden sei, von der heute in Aussicht genommenen Abschaffung Abstand zu nehmen. Desfalls beschloß er, für morgen eine Abfertigung anzubringen. Sollte am Donnerstag der Kultusrat erledigt werden, so könne das Haus an diesem Tage in die Ferien gehen, andernfalls würde am Freitag noch eine Sitzung stattfinden. Die Redner mögen sich also nach Möglichkeit in ihren Ausführungen beschränken. (Bravo!)

Der Vorgesandener betr. die Erweiterung des Stadtreises Wiesentberg wurde in zweiter und dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Es folgte die Fortsetzung der Beratung des Kultusrats beim Kapitel „Elementarunterrichtsweisen“.

Zunächst wurde die Besprechung über die Jugendpflege fortgesetzt. Dazu liegt eine Reihe von Anträgen vor. Der Antrag v. Gohler (Kon.) betr. Ausdehnung der Jugendpflege auf die weibliche Jugend ist in der letzten Sitzung bereits begründet worden.

Abg. D. Sadenberg (Nat.): Wir sind erfreut über die von der Regierung vorgelegte Denkschrift. Durch den Verein Jugenddeutschland und andere Organisationen findet ein förmlicher Wettbewerb um die Jugendpflege statt. Wenn der Abg. v. Gohler vor einer Verbreitung von Sport und Spiel gewarnt hat, so möchte ich betonen, daß auf dem Gebiete der körperlichen Ausbildung bisher zu wenig geschehen ist. Bei dem inneren Ausbau der Jugendpflege müssen wir uns auf dem Boden der ministeriellen Grundfassen bewegen, und zwar ist nicht überall gleich die erwünschte Bewegung zu sehen, so müssen wir uns bewußt bleiben, daß zwischen Eten und Ernten ein weiter Weg ist. Die staatliche Unterstützung der Jugendpflege ist besonders angezeigt in Gegenden, wo große Arbeiterfamilien zusammenströmen. Die kirchlichen Vereine, namentlich im Westen, fördern die Jugendpflege auf dem Boden der Religion, aber in weitzigerer, großartiger Weise. Auch auf dem Gebiete der Jugendpflege stehen wir in ausgeprägtem Gegensatz zur Sozialdemokratie. Aber wir wollen nicht gegen sie polemisieren, sondern wollen den Kampf führen durch aufbauende Arbeit in den Vereinen. In dem Wettbewerb um die Jugend wird nicht Jhnen (zu den Soz.), sondern um der Sieg zu fallen. (Beifall.)

Kultusminister v. Trost zu Solz: Wir sind erfreut, daß die Anregung zur Denkschrift über die Jugendpflege aus dem Hause gekommen ist. Wir wünschen, daß das, was wir auf diesem Gebiet tun und zu unternehmen beabsichtigen, zur allgemeinen Kenntnis kommt. Aufgabe der Jugendpflege ist, die Heranbildung einer großen, körperlich leistungsfähigen, sittlich tüchtigen, von Heimat- und Vaterlandsliebe erfüllten Jugend. Dem christlich konfessionellen Vereinen, die schon seit Jahren vorbildlich gewirkt haben, sollen die Tore zu diesem Werk nicht verschlossen werden. Die Vereine können verlässlich nebeneinander wirken. Keintum und Selbstmacht beteiligen sich an der Arbeit, sie sind uns hoch willkommen. (Bravo!) Die sozialdemokratische Jugendorganisation hängt in ihrem Ursprung mit der antimilitaristischen Propaganda zusammen. Es ist falsch, wenn behauptet wird, wir besten die Polizei gegen diese Vereine. Die Polizei hat nur dem Befehl zu seinem Recht zu verfallen. Wenn die Sozialdemokraten wirklich lediglich Jugendpflege treiben würden, dann könnte ihnen die Polizei ebenso wenig etwas anhaben wie den anderen Vereinen. Die Sozialdemokraten verfolgen aber politische Zwecke mit ihren Jugendvereinen. Eine solche Jugendpflege können wir nicht mitmachen. Es wird ein Kampf um die Schule und Jugendrichtun-

gen von einem Ernst und einer Tragweite, der die Meinungsvorschleichenheiten der bürgerlichen Parteien über Schule und Jugend weit zurückdrückt. Von Vorteil soll in unseren Jugendvereinen nicht die Schule sein, auch nicht von der Sozialdemokratie. Je weniger ihr gelassen wird, desto besser. Wir wollen die Jugend zur Freude am Schönen und Guten, zur Gottesfurcht und Vaterlandsliebe, zur Heimatliebe, zur Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit erziehen. (Bravo!) Wir legen besonderen Wert auch auf die Pflege der Volksschulen. Durch Hochpreisermäßigungen sollen Anstöße für Jugendvereine erleichtert werden. Auch die Fortbildungsschulen sollen vorbildlich auf die Jugend einwirken. Die guten Anstöße der Jugend sollen gewahrt werden. Die Jugend will nicht hassen, sie will lieben und sich begeistern. Desfalls sollten ihre großen Männer und Frauen der Gefühle als ideale Vorbilder vorgeführt werden. Der bei weitem größte Teil der Jugend gehört zu unseren Vereinen. Deshalb brauchen wir nicht pessimistisch zu sein. Es heißt aber: Alle Mann an Bord! Jeder soll in seinem Kreis mitwirken und mitwirken. Es muß ein dauernd Brennendes und wachendes Feuer sein, dessen Flamme sich weit im Lande zeigt. Sie alle müssen mitwirken, daß das Feuer nicht erlischt. Die Regierung hat in vollem Bewußtsein diese hohe Aufgabe übernommen und wird sie nicht wieder aufgeben. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Schupp (fortschritt. Zp.): Auf dem preussischen Lehrtage in Hannover ist verlangt worden, daß die Jugendpflege von einseitigen Tendenzen sich freihalten soll. Es liegt uns vollkommen fern, die Gefährdung der Jugendpflege zu entfernen, wir verlangen nur, daß die Jugendpflege ohne konfessionelle Tendenzen betrieben wird. Wir wollen, daß die Jugendpflege von einseitigen politischen und religiösen Tendenzen befreit wird. (Einigkeit macht Hart. Beifall links.)

Abg. Dr. Viehnicht (Soz.): Ich meine, wenn hier am Donnerstag drängen förmlich von Königtreue, Vaterlandsliebe und Vaterlandsliebe. Das hängt einem förmlich zum Hals heraus. Die heutige Rede des Kultusministers war ein neuer Beweis von diesem förmlichenhaften Gebahren.

Abg. Dr. Viehnicht (fortschritt.): Die mit sozialer Amtam und Hurra eingeleitete staatliche Jugendpflege hat in erster Linie das Ziel der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die Behauptung ist unklar, daß wir zuerst die Politik in die Jugendziehung gebracht haben. Das Parlament ist zum Kampf geboren; Sie mühen es zu politischen Dingen erziehen.

Abg. Dr. Viehnicht (Soz.): Die Rede des Abg. Dr. Viehnicht hat nur bewiesen, daß nach den vielen Angriffen gegen uns einmal das gesagt werden muß, was auf Ihre Provokationen gesagt werden mußte.

Abg. Dr. Sadenberg (Nat.): Ich möchte heute vorwiegend als Mitarbeiter an dem, was Herr sprechen, bei dem nach den Worten des Ministers alle nationalen Kräfte mitwirken sollen. In erfruchtlicher Weise wendet der Staat erhebliche Mittel für die Jugendfürsorge auf. Sollen die für die Jugendpflege geschaffenen Organisationen zurechtfindend wirken, so ist zu wünschen, daß die Gemeinden zahlreich vertreten sind. Die Verwendung von Staatsmitteln müßte besonders auf Schaffung von Jugendheimen, Turnhallen, Spielplätzen, Schwimmbadgeheimen und Werkstätten für den handwerklichen Unterricht gerichtet sein. Einen großen Fortschritt legen wir auch auf die Schaffung von Bewohnungsanstalten für Kinder. Die Ausdehnung der Jugendpflege auf die weibliche Jugend kann ich nur befürworten. Nach der leistungsfähigen Arbeit dürfen wir erwarten, daß bei der Zusammenarbeit aller nationalen Kräfte es gelingen wird, der infirmitären Erströmung der Zeit entgegenzuwirken und das Wert der Jugendpflege immer weiter auszubreiten, der Jugend zu Ruh und dem Vaterland zum Segen.

Damit wurde die Besprechung geschlossen. Der Antrag v. Gohler betr. Ausdehnung der Jugendpflege auf die weibliche Jugend wurde der Unterrichtsministerkommission überwiesen. Die Anträge auf Kommissionsvermehrung der freiwirtschaftlichen und sozialdemokratischen Anträge betr. Schuld der Kinder gegen Ausbeutung und Abhängigkeit wurden abgelehnt.

Das behandelte Erleuchtung des Kapitels „Allgemeines Fonds“ verlagte das Haus die Weiterberatung des Kultusrats auf Mittwoch 10 Uhr. Weiter machte noch Präsident Herr v. Cessa dem Hause Mitteilung von dem heute erfolgten Tode des Abg. Träger. Das Haus erhob sich zu Ehren des Verstorbenen. Schluß 5 Uhr.

# Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 26. März 1912.

Am Bundesratliche die Staatssekretäre Kühl und Krause. Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 30 Min. Zunächst erfolgte die zweite Beratung des im Briefschreiben vom 17. März 1912 vorgelegenen Protokolls über die Fortsetzung der durch den Jüdervertrag vom 5. März 1902 geschlossenen internationalen Vereinigung.

**Abg. v. Grabsch (Vot.):** Beim Abschluss der Konvention ist keine Rücksicht auf die Interessen der Konventionen genommen worden. Für Russland (insbesondere) sind Vorteile aus dem Abkommen heraus. Ein kürzlich angenommenes russisches Gesetz hat den Zweck, die Arbeitskraft zu erweitern und den Ausbau von Jüderfabriken zu fördern. Unmöglich kann das Ausland gegenüber den Jüdennationen einen Einfluss auf die Preisgestaltung im Inlande üben. Die Reichsregierung hätte allen Anlaß, sich Russland gegenüber zu zeigen, daß die Bestimmungen der Konvention strengstens innegehalten werden, damit die deutsche Jüderindustrie und die Konventionen durch das große Entgegenkommen Russlands gegenüber nicht noch weiter geschädigt werden. Ich vermag der Konvention aus sachlichen Gründen nicht zuzustimmen.

**Abg. Dr. Brendt (Nst.):** Die Rede des Herrn v. Grabsch hätte in der ersten Lesung gehalten werden sollen, die Kontinuität einer Kommissionsberatung wäre dadurch besonders notwendig erschienen. Es bezieht die Gefahr, daß Russland die Bestimmungen der Konvention umgeht. Auch England gegenüber sind wir in vollständig unklaren Verhältnissen. Es ist zu befürchten, daß England am 1. September 1913 aus der Konvention ausscheidet und daß dann mit einer außerordentlichen Begründung des englischen Auslands ein neues Abkommen gegenüber etwas verabschiedet ist, und wie die Zugeländnisse lauten.

**Staatssekretär Kühl:** Das England der Konvention nach dem 1. Sept. 1913 angehört wird oder nicht, können wir noch nicht wissen; jedenfalls hat es sich das Recht der Kündigung vorbehalten. Der Ablauf dieses Termins bezieht keinerlei Klarheit über seine Geltung. Schon jetzt hat England die Erklärung abgegeben, daß es, wenn es auch der Konvention nicht angehört, an seinem Verhalten nichts ändern wird. Russland ist gehalten, über ein gewisses Quantum nichts nach dem Willen anzuschließen. Gegen etwaige Umgehungen der Konvention wird man energisch einschreiten. Dabei haben wir nicht bloß die russische Regierung auf unserer Seite, sondern auch die russischen Industriellen und Händler, die in reeller Weise den Jüden nach den westlichen Ländern exportieren. Eine Konventionsprüfung wird in Zukunft an Russland nicht gewährt werden.

**Abg. Benneke (Soz.):** Die Mitglieder der Reichsliste haben mir immer ein Gefühl für die Landwirtschaft und Industrie, für die Bevölkerung, die unter der Teuerung leidet, haben sie kein Empfinden. England besteht aus seinen Kolonien kaum den lebenden Teil seines Bestands an Jüden. (Hört! Hört!) Eine Gefahr für Deutschlands Industrie liegt darin nicht.

**Abg. v. Kautz (Kauf.):** Wir sind heute für Beratung der Jüderfrage eingetreten. Das werden wir auch künftig tun. Die Konvention geht ursprünglich von dem Zweck, dem höchsten Zustand an der Jüdermarkte ein Ende zu machen, der durch das Preisniveaumittel entstanden war. Jetzt hat die Industrie aber kein Interesse mehr an der Konvention. Das Aufsichtsratsmitglied auf Jüden hat in Russland besonders bedeutende Früchte gezeitigt. Eine wirksame Kontrolle des russischen Kontingents ist dringend zu empfehlen. (Beifall rechts).

**Abg. Dr. Dornier (Vot.):** Etwas Neues ist aus der Rede des Herrn v. Grabsch nicht herausgekommen. Wir lassen uns nicht davon abhalten, auch jetzt wieder der Konvention zuzustimmen. (Beifall).

**Abg. Kluge (Nst.):** Die deutsche Jüderindustrie will keine Sonderrechte, sie will nur das gleiche Recht wie die russische Jüderindustrie. Sämtliche Interessensorganisationen nehmen Stellung gegen die Konvention, da ist die Salbung der Regierung unvermeidlich. Ich beantrage auch jetzt noch Kommissionsberatung.

**Staatssekretär Kühl:** In keinem Lande ist eine Kontrolle leichter, als in Russland. Das fertige Kontingent wird auf die einzelnen Fabriken verteilt, die damit den Kontingent ausbilden können. Was wäre sonst aus dem Konkurrenzplan geworden, wenn wir die Konvention nicht gehabt hätten. Auch 1902 hat die Industrie gegen die Konvention angekämpft und später ist ihr Stutzen allseits anerkannt worden. So wird es auch nach weiteren sechs Jahren sein.

Auch weiteren Bemerkungen der Abg. Benneke (Soz.) und Graf v. Kautz (Kauf.) wurde der Antrag auf Kommissionsberatung abgelehnt und die Konvention gegen die Stimmen der Konventionen, der Reichsliste, einiger Polen und Nationalliberalen definitiv angenommen. Es folgen **Abg. v. Grabsch (Vot.):** Die Debatte wird für gültig erklärt die Votanten der Abg. Adler (Nst.), Schulenburg (Nst.), Dunajski (Vot.) und Dr. Erdmann (Soz.).

Hierauf wurde die zweite Lesung des Protokolls fortgesetzt. **Abg. Daffner (Zentr.):** Ein Auffassung in der Finanzgestaltung des Postwesens ist unvermeidbar, der zweifellos zum Teil auf die Senkung der Reichsfinanzen durch die Finanzreform zurückzuführen ist. Der gute Willens der Jahre 1910 und 1911 läßt hoffen, daß die berechtigten Wünsche mancher Beamtenkategorien und der Altpensionäre erfüllt werden. Die Interessen müssen vor allem so gestellt werden, daß ihre Rechte mindestens dem Durchschnittsgeld gelehrter Arbeiter entsprechen. Die Sonntagsgelöhner der Postbeamten muß auf jeden Fall durchgeführt werden. Auch der Dienstlohn und der Wohnungsfürsorge für die Beamten ist seitens der Postverwaltung ein möglichst großes Interesse zuzuwenden. Bei Bemessung des Wohnungsgeldzuschusses ist mehr als bisher auf die totalen Reichsfinanzen Rücksicht zu nehmen. Die höhere Bezahlung weißlicher Personen zum Postdienst hat sich bereits, für vorkommende Bedenken, in seinen besten Vorstufen eingestellt werden; dadurch würde manchen Mißbrauch vorgebeugt werden. Ich bitte den Staatssekretär um nachvollziehbare Prüfung und Berücksichtigung der Wünsche der Postbeamten. (Beifall im Zentrum).

**Staatssekretär des Reichspostamts Krause:** Die Berechnung der Beamtensätze läßt sich nicht aufgrund der Überschüsse der Verwaltung bemessen. Man kann nicht von dem Grundlohn ausgehen, daß in einer gut rentierenden Verwaltung die Überschüsse nur für die Beamten verwendet werden. Dann müßte z. B. umgehört in der Jüderverwaltung für die Beamten geringste Gehälter. Weiterhin. Durch die Besoldungsabstimmung ist erst etwas Ordnung geschaffen worden. Bis dahin wurden die Interessen einzelner Beamtensategorien von Abgeordneten vertreten und dadurch, daß die Verwaltung diesen Wünschen nachgab, entstand ein Stillstand und eine Verschleppung der Verwaltung, deren Mängel späterhin in der Erscheinung getreten sind. Sinnvollig des Aufwandes von Unterbeamten in die Schaffensstellen werden Bestimmungen geschaffen werden. Die Sonntagsgelöhner, die in den letzten Jahren allerdings sich etwas verschlechtert hatten, ist inzwischen wieder gebessert worden. Eine Berücksichtigung wird vielfach von den Postbeamten selber nicht gewünscht. Auch Er-

holungsurlaub für die Beamten ist nicht nötig, da diese Beamten sich häufig nach Belieben vertreten lassen können. Eine Erhöhung des Postlohn für vorkommende Briefe ist nicht angängig, obgleich tatsächlich eine Verteilung dabei erfolgt. Es wäre dazu eine Änderung des Postgesetzes nötig. Daß die Berechnungen über die Postbauten möglichst schnell von staten gehen, ist auch unser Wunsch.

**Abg. v. Voss (Nst.):** Die Rede des Abg. Jübel war im schätzbaren Maße vorgetragen. Wenn er behauptet, wir hätten vor den Wahlen den Beamten Verzichtungen gemacht, die wir jetzt nicht halten, so ist er dafür den Beweis schuldig geblieben. Ich behaupte, daß es Beamte gibt, die Herrn Jübel zum Sprachrohr für ihre Wünsche machen. Ich halte es mit der Ehre eines Beamten nicht für vereinbar, sich mit einem sozialdemokratischen Abgeordneten in Verbindung zu setzen. Gewiß sind die Überschüsse der Postverwaltung erfreulich, in erster Linie aber auch den Bedürfnissen der Post als Verkehrsmitteleinrichtung getragen worden. Die Anstellungsverhältnisse der Postbeamten müssen hergestellt werden. Die Wünsche der Postbeamten auf Personalvermehrung sind zu erwägen; ein überzögerlicher Rückschritt würde nicht nötig sein. Die Entschädigung für die Vertreter von Poststellen ist nicht ausreichend. Wir haben Vertrauen zur Reichspostverwaltung und werden auch für die Verbesserungen, die für diesen Fall vorliegen und stets zugunsten der Beamten eintreten. (Beifall rechts).

**Abg. v. Heiberg (Nst.):** Die erheblichen Überschüsse der Postverwaltung sind ein erfreuliches Zeichen für die Leistungsfähigkeit unserer Beamten. Mit Rücksicht auf die Verwaltung aus dem Grunde des Aufwandes den Post und die Erweiterung für alle Zwecke entgegenkommen sollen. Die Sparankheit in unserem Postbetriebe ist notwendig; allerdings muß sie sich den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Bedürfnisse anpassen. Wenn man die Zahl der Postbeamten vermehrt, so müssen auch die Aufstellungstellen, die keineswegs überflüssig sind, vermehrt werden. Von einer übermäßigen Beamtenvermehrung kann in letzter Zeit nicht die Rede sein. Den Resolutionen auf Entlohnung der Postzeit und der Sonntagsgelöhner stimmen wir zu. Unsere Wünsche über die Beamtensubvention haben wir in unsere Entlohnung niedergelegt, die wir zustimmen bitten. Der Erlaubnisurlaub der unteren Post- und Telegraphenbeamten muß in angemessener Weise erweitert werden. Die Herren des Postgesetzes müssen auch auf die steigenden Beamtensubventionen unter der Beamtenschaft befragt werden. Auch die Gratifikationen müssen erhöht werden. Wir vertreten hier die Rechte der Beamten, das ist liberal; wir vertreten die Beamten aber auch auf ihre vaterländischen Pflichten, und das ist national. (Beifall rechts).

**Präsident Dr. Kaempf:** Ich habe dem Hause eine schmerzhafte Mitteilung zu machen. (Die Abgeordneten und die Vertreter der Regierung erheben sich.) Vor wenigen Minuten hat mich die Trauerbotschaft erreicht von dem Dahinscheiden des Alterspräsidenten dieses Hauses, des Reichstagsabgeordneten **Adolf Traeger**, der seit 1874 ununterbrochen dem Reichstage angehört hat. In diesem Augenblicke liegt vor uns ein ehrenvoller Antrag des Hohen Reichstages, dem ich mich anschließen will.

**Abg. Kluge (Nst.):** Die Aufgabe des nächsten Weltpostkongresses sollte Einführung des Ein-Penny-Portos und Schaffung einer einheitlichen Gewichtsgrenze von 20 g für Briefe sein. Das Ein-Rio-Vallo sollte eingeführt und der Antuzstempel für Postkarten wieder verwendet werden.

**Staatssekretär Krause:** Der Wegfall der Briefmarke und ihr Ersatz durch Stempel ist nicht zu empfehlen; dadurch werden Untersuchungen erleichtert. Die Verträge mit einer Maschine, die Briefe gleichzeitig frankiert, zählt und stampelt, sollen fortgesetzt werden. Die Weiterentwicklung des Postwesens ist im Interesse einer schnelleren Beförderung nicht empfehlenswert.

**Abg. v. Gump (Nst.):** Die Schmarrenzulage den Beamten zu nehmen, geht nicht an. Den Resolutionen, soweit sie nicht finanzielle Bedeutung haben, stimmen wir zu. Die Besoldungsliste darf nicht wieder von neuem angefordert werden. Dazu fehlt uns Zeit und Geld.

**Staatssekretär Krause:** Die Schmarrenzulage ist den Beamten wegen ihrer schwierigen Stellung in den östlichen Provinzen zu gestanden worden. Ich bitte den Redner der politischen Fraktion, seinen Antrag nicht aufrecht zu erhalten. Dadurch würden auch viele Beamte politischer Nationalität geschädigt werden. Hierauf wurde die **Weiterberatung** am morgen 1 Uhr vertagt. Außerdem Handelsvertrag mit Bulgarien. **Schlusssatz** gegen 7 1/2 Uhr.

## Ausland.

### Russland und die Zuckerration.

Der Kaiser von Russland hat die Verlängerung der Zuckerration ratifiziert.

### Holland und die Brüsseler Zuckerkonferenz.

Die holländische Kammer hat den Geheftentwurf, welcher der Unterzeichnung des Brüsseler Protokolls vom 17. d. M. betreffend die Erneuerung der internationalen Zuckerration zukommt, angenommen. Der Minister des Meubren dankte der Kammer für die schnelle Prüfung des Geheftentwurfes, die es möglich machte, das Protokoll am nächsten Sonntag ab zu ratifizieren, und teilte mit, daß England der Konvention wieder angehört werde.

### Der italienisch-türkische Krieg.

Nachrichten aus türkischer Quelle zufolge erdient am 25. c. ein italienischer Kreuzer vor Beirut, ernterte sich jedoch bald wieder. Italienische Kriegsschiffe erdienten auch bei Seleffeh gegenüber Sypern und in der Nähe von Sytilene.

## Frankreich und Marokko.

Der Sultan empfangt gefeiert den französischen Gefandten Regnault mit dem üblichen Zeremoniell. Regnault und El Mokri besiedelten herzliche Ansprachen. El Mokri erklärte, der Sultan nehme mit Freuden die Unterstützung Frankreichs zur Einführung von Reformen an.

## Die militärische Luftschiffahrt in Frankreich.

Die französische Kammer hat den Geheftentwurf angenommen, der das militärische Luftschiffahrtswesen regelt und zu diesem Zweck einen nachträglichen Kredit von 16 Millionen Franken eröffnet.

## Die neue griechische Kammer

legt sich aus 181 Deputierten zusammen. Endgültig gewählt sind bisher 147 Anhänger von Venizelos, 8 Theodoristen, 3 Zaimisten, 7 Wavromonachaliten und 8 Unabhängige. Jannis, der frühere kretische Kommandant, ist gewählt, Mallas endgültig gewählt. Venizelos erklärte, die übermittelnde Mehrheit des hohen Volk im gegeben habe, werde es ihm ermöglichen, das Werk der völligen Gehung des Landes endgültig zu Ende zu führen.

## Die verlustreichen Kämpfe in Mexiko.

Von privater Seite wird aus Mexiko berichtet, daß die Bundesstruppen am Sonntag den Sieg über Torro angetreten hätten, nicht gefolgt von General Crocco. Die Regierung gebe zu, daß General Salazar, der Führer der Bundesstruppen, Selbstmord verübt habe, halte aber keine Niederlage nicht für sicher. Desgleichen betrete die Regierung die Wichtigkeit der Meldungen von der Organisationszahlreicher Offiziere und Mannschaften durch die Aufständischen. Der Korrespondent des „New-York Herald“, der Zeuge des Gefechts vom Montag gewesen ist, teilt mit, daß die Bundesstruppen in einem verzeiften Zustand gewesen und von allen Seiten umzingelt worden seien. Sie hätten 400 Tote und zahlreiche Verwundete, die Aufständischen 100 Tote und viele Verwundete. Ein späteres Telegramm aus Mexiko meldet: Seitens der Regierung wird erklärt, daß sich nach späteren Meldungen der Kampf, der zuerst als Niederlage angesehen wurde, schließlich zu einem Siege der Bundesstruppen gewandt habe, als die Regierungstruppen die Macht der Aufständischen angriffen, die die Truppen des Generals Salazar besiegte. Die Regierung hat die Macht der Aufständischen verloren, für gebrochen und bedauert, daß Salazar mündig Selbstmord begangen hat.

**Das Verenden des Papstes.** „Corriere d'Italia“ erklärt, das Gerücht von einer Erkrankung des Papstes sei völlig unbegründet.

## Die Luftschiffahrt.

Der Pfleger Leine ist endlich verunglückt. Am Dienstag nachmittag stürzte der Pfleger Leine aus Münden-Obstadt auf der Golzheimer Höhe mit seinem Doppeldecker aus etwa 100 Meter Höhe ab, als er einen Aufstieg unternehmen wollte. Er geriet unter das Flugzeug, dessen Motor ihm Schädigung zuzufügen. Er wurde auf dem Wege zum Krankenhaus. Bei dem Unfall wurde ein Frau und sein Kind zugegen.

## Aus Nah und Fern.

### Die Bergarbeiterbewegung.

Die Bergarbeiterbewegung wird, die der Streik auf der Abgrube Luis-F. Grube und der Berginspektion Aurore beendet. Die Bergarbeiter sind hier wieder voll eingeschlagen. Über 100 Mann wurden, da sie drei Tage der Arbeit jetzungeblieben sind, wegen Kontraktbruchs entlassen.

Die Lage im Schieferen bei Leine ist folgende: In Aurore sind 24 Arbeiter in der Betriebsnormal. In Aurore sind in 14 von 15 Schächten, in Aurore auf Grund von 32 Schächten geteilt; von 7083 Arbeiter freien 2300; auf zwei Schächten in der Aurore beigestellt. In Teplitz sind auf 17 von 25 Schächten, im Aurore Aurore auf 10 von 31, in Aurore auf 10 von 25 Schächten geteilt. In Aurore auf dem Polbitz sind 300 Arbeiter ausständig.

Ueber die Streiflinge in England ist heute folgendes mitgeteilt: Im englischen Unterbaue wurde gestern mit der Beratung der Windstillehülle fortgegangen. Zunächst ergab König, er der Führer der Unionisten, das Wort. Er beantragte Verlegung der Zeitsche, indem er auf die Schwierigkeit hinwies, die Bill zu erörtern, während die Streifer außerhalb des Hauses noch fortgesetzt wurde. In diesem Augenblick schrie Aurore von der Konferenz zurück und ergriff sofort das Wort. Er erklärte, die Regierung bleibe bei ihrem Beschluß, seine Zahlen in die Bill einzufügen. (Beifall). Es sei besser, wenn der Lohn in jedem Bezirk geteilt sei. Die Regierung habe mit Nachdruck und Ausdauer an den Vermittlungs-Vermittlungen gearbeitet, er belenne aber mit schwerer Enttäuschung, daß ihre Arbeiten bisher erfolglos gewesen seien. Er sage jetzt beiden Parteien, daß sie, wenn sie im allerersten Augenblick nicht zu einem vernünftigen Ueberkommen gekommen wären, die schließliche geringere Bedeutung gelangen, eine sehr schwere Verantwortung vor dem Lande auf sich nehmen würden. Aurore schrie: Wenn die Bill angenommen werde, und wenn der Arbeiter unter Tage ein angemessener Mindestlohn garantiert werde, der von einer unparteiischen Stelle festgesetzt werde, dann werde eine Fortsetzung des Streiks den dafür Verantwortlichen eine Verantwortlichkeit auferlegen, die für sich schwer werden entleiben können. Aurore sprach im Tone tiefster Erregung und das Haus hörte ihn in tiefsten Schweigen an.

König sprach schließlich, das Streben der Arbeiterpartei werde, der von einer unparteiischen Stelle festgesetzt werde, dann werde eine Fortsetzung des Streiks den dafür Verantwortlichen eine Verantwortlichkeit auferlegen, die für sich schwer werden entleiben können. Aurore sprach im Tone tiefster Erregung und das Haus hörte ihn in tiefsten Schweigen an. König sprach schließlich, das Streben der Arbeiterpartei werde, der von einer unparteiischen Stelle festgesetzt werde, dann werde eine Fortsetzung des Streiks den dafür Verantwortlichen eine Verantwortlichkeit auferlegen, die für sich schwer werden entleiben können. Aurore sprach im Tone tiefster Erregung und das Haus hörte ihn in tiefsten Schweigen an.







Die Kurse in der Berliner Börse am 26. März 1912. ...

Berliner Börse, 26. März 1912

Preisnotierungen: 1 Fr. Liv. Liv. ...

Main table of stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Deutsche Staats-Pap.', 'Deutsche Hypoth.-Papiere', 'Deutsche Leih- und Darlehensbank', etc.

Vertical text on the right side of the page, likely a continuation of the market report or a separate notice.